

Lucerner Tagblatt.

Sechsdreißiger Jahrgang.

N^o. 101.

Insertionspreis:

Die einseitige Zeile über dem Raum für Wiederholungen 10 Ct.
 Inserat-Annahme, größere bis 1/2 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr, im Expeditions-Büreau. — Anstalt über Inserate ebenfalls oder durch Telephon. — Schriftlich Anstalt über Inserate gegen Einlegung der betr. Rückzahlung in Postmarken.

Abonnementspreis:
 Durch die Post bezahlt Nr. 12.80 Fr. 6.40 Fr. 3.40
 für Lucern zum Bringen „ 12. — „ 6. — „ 3. —
 Abholen „ 10. — „ 5. — „ 2.50
 Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
 Redaktions- und Expeditions-Büreau: St. Jakobshofstr. 665 R.

Freitag,

Jeden Freitag eine belletrische Beilage: „Wöchentliche Unterhaltungen“

den 29. April 1887.

Kandidaten-Liste der Liberalen der Stadt Luzern für die Wahl von 16 Mitgliedern des Grossen Rathes, festgesetzt in den Quartiersversammlungen vom 23. April.

Kandidaten:

1. J. Bonmatt, Nationalrath.
2. H. Stöcker, Oberst.
3. Dr. G. Heller, Gerichtspräsident.
4. Dr. Joh. Bütler, Fürsprech.
5. B. Stutzer, Redaktor.
6. Dr. Alfred Steiger, Arzt.
7. J. Jüng, Direktor.
8. A. Bihelli-Brun, Stadtrath.
9. W. Balthasar, Stadtrathspräsident.
10. J. Nid, Schuldirektor.
11. Otto Eidtler, Apotheker.
12. H. Büchel, Nationalrath.
13. Dr. J. Weibel, Fürsprech.
14. Oth. Fangel, Stadtrath.
15. Louis Troxler, Buchstabenfabrikant.
16. F. J. End, Maler.

Liberaler der Stadt Luzern! Erscheint dochjählig bei der Abstimmung und haltet treu an der aufgestellten Liste!
 Das liberale Komitee.

Zu den Grossrathswahlen.

III.

Ultramontanes Kurzfutter.

So oft seit 1871 die Zeit der Grossrathswahlen heranrückt, marschirt die ultramontane Presse regelmäßig mit einer Reihe von Zahlen auf, welche die „Hauslichkeit“ der Konservationen im Gegensatz zur früheren liberalen Regierung beweisen sollen: jene mache nichts als Vorschläge, diese hatte lauter Rücksichten; dort ist alles Recht, hier alles Schattens; dort waltet weisse Sparsamkeit, hier war tolle Verschwendung Krumpf. Wer das nicht glauben möchte, sehe sich nur die von „Waterland“ & Cie. aufgestellten „neuen“ Zahlen an, — und der hartnäckigste Zweifler muß bekehrt werden und auf die Vorzüglichkeit des konservativen Regiments schwören!

Diese alle vier Jahre gegen Anfang Mai aufmarschirenden Zahlenreihen sind das Kurzfutter, welches die ultramontane Presse den konservativen Wählern vorwirft. „Waterland“ und „Suzf. Lamb.“ brauchen jedes vierte Jahr nur wieder abzuschreiben, was sie vor der letzten Integralerneuerung des Grossen Rathes zum Besten gegeben haben — und die Arbeit ist beendet! Die fraglichen Zahlen werden auch von den ultramontanen Wählern mit Andacht wiedergesagt; dann hat das Kurzfutter seine Bestimmung erreicht und wird wieder für vier Jahre eingepreßt, um nach Ablauf derselben neuerdings servirt zu werden. Es ist dies ein eben so reinliches, wie einfaches, nicht zeitraubendes und kein Kopfschmerz verursachendes Geschäft!

Um das Kurzfutter noch etwas genießbarer zu machen, wird einiges „religiöse“ Salz dazu geschüttet: sechs Jahre und darüber alte Sitte aus dem „Luz. Tagbl.“ und dem „Eidg.“ geholt und einige Stoßkräuter über den Mistatholizismus dazu gegeben — und das gewohnte Menü für die Konservationen Wähler ist fertig!

Wir kennen das, was unter der liberalen Regierung von 1848—1871 gegangen ist, zu wenig genau, um als Vertheidiger derselben auftreten zu können; es fehlt uns hiezu vor Allem Eines: der Einblick in die gesammte Staatsverwaltung des liberalen Regiments. Wir müssen es also den Herren der früheren Regierung zu übernehmen. Wir selbst beschränken uns auf wenige Bemerkungen.

Was sollen jene Zahlenreihen beweisen? Offenbar, daß Fehler gemacht worden seien. Aber wenn — was wir nicht einschleichen können — solche wirklich begangen worden wären, ist damit auch gesagt, daß, falls die Liberalen wieder an's Regiment kommen sollten, die nämlichen Fehler wieder gemacht würden? Offenbar nein, man müßte denn der liberalen Partei zutrauen, daß

sie in sechsunddreißig Jahren nichts gelernt und nichts vergessen habe! Eine solche Annahme wäre schon deswegen ein vollkommener Unsinn, weil heute zu einem großen Theil bereits eine andere Generation vorhanden ist, welche an den Vorgängen von 1848—1871 nicht den mindesten Antheil hat. Im heutigen Großen Rathe sitzen nicht ein Duzend Liberaler, welche am früheren Regiment irgendwie theilhaftig waren und für das, was damals geschah oder auch unterlassen wurde, irgend eine Verantwortlichkeit tragen. Es ist daher eine gedankenlose Abjuridition, immer wieder — bis in's nächste Jahrhundert hinein — den Refrain abzuleiern: „So machten's einst die Liberalen!“ Die Konservationen haben, wenn wir so rechnen wollen, den ganzen Sonderbund und mit allem, was drum und dran hängt, auf dem Gewissen, und in der jetzigen Regierung finden sich ja in der That Solche, welche schon am Sonderbundregiment theilhaftig waren.

Ebenso lächerlich ist es, wenn die Konservationen die Thatfache, daß sie bei den von ihnen in's Werk gesetzten Verfassungsrevolutionen von 1875 und 1882 die Volksrechte in dem jetzigen verklärtem merzen Zustand belächeln, der ein wahrer Hohn auf die Demokratie ist, damit beschönigen und entschuldigen wollen, daß die Liberalen f. J. auch nicht weitgehender gewesen seien. Darauf kann mit Recht erwidert werden, es sei nicht logisch, in den gleichen Fehler zu verfallen, welchen man an Andern tabelt. Und im Weiteren ist zu konstatieren, daß die Volksrechte erst seit der demokratischen Bewegung von 1868 im Kanton Zürich zu ihrer jetzigen Entwicklung gelangt sind; vorher dachte man darüber anders, als heute, enger, beschränkter. Trotzdem hat die konservative Mehrheit des Luzerner Grossen Rathes bei Beratung der Verfassungsrevisionen von 1875 und 1882 alle Anträge der Liberalen auf Erweiterung der Volksrechte und Erleichterung der Theilnahme an Wahlen und Abstimmungen niedergestimmt und damit unweideutig bekundet, daß ihre gerühmte „demokratische“ Gesinnung weiter nichts als eine — Phrase ist!

Das konservative Zentralkomitee hat letzter Tage einen Aufruf erlassen, welcher die konservativen Wähler auffordert, der Regierung am kommenden 1. Mai ein Frauenvotum zu erteilen. Die Konservationen mögen das thun, das ist ihre Sache. Die Liberalen und unabhängigen Wähler aber haben keinen Grund, ihr Vertrauen einem Regimente zuzuwenden, das für volkswirtschaftliche und soziale Fragen wenig Verständnis hat und noch weniger Eifer beifügt; das die Volksschule an den Schwanz der schweizerischen Kantone geklebt hat, weil es dieselbe seit 1871 nicht weiter gebracht hat; dessen ganze Thätigkeit darin besteht, daß es die Verwaltungslücke in den alten ausgefahrenen Geleisen ruhig weiter traben läßt, wobei das Volk immer mehr in den wirtschaftlichen Sumpf hineingerät!

Eidgenossenschaft.

Bundesstadt. (Korr.) Der Mariahilf-Nekurs ist erledigt und diese „Streichlinge“ aus den eidgen. Rathssälen wohl definitiv ausgewiesen. Mit 86 gegen 27 Stimmen hat der Nationalrath dem Ständerath zugestimmt. Schon die radikale Gruppenversammlung hatte Dienstag Abends mit großer Mehrheit Zustimmung zum Ständerath beschlossen, nachdem Herr Brunner, der an Stelle Warris's das Präsidium der Kommission übernommen, sich prinzipiell mit dem Standpunkt des Ständerathes einverstanden erklärte. Der einstimmige Beschluß des Ständerathes ermöglicht in der Form einen gedeckten und geordneten Rückzug der Luzerner Regierung; materiell ist er ein und dasselbe, was der Nationalrath beschlossen hat. Wenn selbst Herr Brunner zugestimmt, daß es thätigst auf's Gleide herauskommt, welcher Partei in dem nunmehr beginnenden Prozesse die Klägerrolle zukommt, so ist ein wesentlicher Unterschied in den Beschüssen der beiden Räte kaum herauszufinden. Der Stadtrath von Luzern wird sich nunmehr schließlic, machen müssen, ob er die privatrechtlichen Ansprüche der Regierung auf die Mariahilfstirche durch den Richter beilegen lassen wollte; wenn der Entscheid, wie vorauszu sehen, für die Regierung ungünstig ausfällt, so ist die ganze Angelegenheit erledigt. Daß die Regierung in diesem Falle nochmals Gründe öffentlichrechtlicher Natur hervorzuheben werde, um den Eintritt der Mitstiftungen in die Mariahilf-

stirche zu verhindern, ist fast undenkbar; aber wenn es auch geschehen sollte, so kann nur eine neuerliche Verschleppung, nicht aber eine anders lautende Entscheidung erwartet werden.

Weber mit dem endgültigen Beschluß noch mit dem ursprünglichen nationalrätlichen Beschluß konnte der Prozeßweg abgebrochen werden, und so gelangt in der That die Angelegenheit auf ihren Ursprung zurück und wird die Frage zunächst wieder den Stadtrath und den Großen Stadtrath von Luzern beschickend.

Die Gemüther hatten sich schon bei den Verhandlungen im Ständerath, namentlich aber bei den Schlußverhandlungen des Nationalrathes vollständig beruhigt. Man schenkte den Rednern fast keine Aufmerksamkeit mehr; einzig Hr. Carretter fand noch einiges Gehör, als er den Anlaß benutzte, um eine Exkursion zu dem Arbeitertag nach Narau zu unternehmen, um den Arbeitern zuzurufen, sie möchten doch von den Ultramontanen keine Hilfe erwarten. Dabei beifolgte er das ihm verpönte Inthit des Referendums als die Urquelle der Kompromiß-Politik und der Rücksichten nach Rechts und nach Links. Das ist theilweise wahr, aber Herr Carretter kann das Referendum nicht mehr aus dem Wege schaffen und seine Betrachtungen haben daher bloß theoretischen Werth und keine praktische Bedeutung.

Im Ständerath interpellirte letzten Mittwoch Hr. Kellersberger den Bundesrath über den Stand der Organisation des Landsturms. Diese Interpellation soll am Freitag behandelt werden.

Der Bundesrath hat die Vorleser des Eisenbahn- und des Justiz- und Polizeidepartements zu Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen, welchen er die Führung von Nachtzügen zwischen Genf und Zürich auch im Sommer 1887 unterlegt, über den Betrag einer in Aussicht zu stellenden Bundessubvention beauftragt.

Mit Bezug auf die Oberländer Thalbahnen scheint die nationalrätliche Kommission geneigt, eine Verschlebung zu beantragen, da im Oberlande selber sich Opposition gegen das Unternehmen geltend macht.

Luzern. Um unsere Ausführungen über die „Leistungen“ des konservativen Regiments in der abgelaufenen Amtsperiode abzuschließen — ein Versuch, die angegebene Daten zu entwirren, ist wohlmeintlich unternommen — hat das „Waterland“ einen Artikel zusammengebraut, der ungefähr aussieht wie ein mixtum compositum von Mäusebr. und Korianer. Auf die Hauptsache, auf das, worauf es hier ankommt, wurde gar nicht eingetreten. Wir haben mit Namen, Daten und allgemein im Volke bekannten Thatfachen ausgewartet. — Thatfachen, welche sich auf die Schöpfungen beziehen, welche die „Erzengel“-Versammlung in Sursee dem Regimente nachgerühmt hat. Es wird nun in „Waterland“ die blöde Ausrede zum Besten gegeben, diese Schöpfungen seien nicht ausschließlich als solche der konservativen Regenten hingestellt worden. Ja wohl, ausdrücklich ist dies nicht erwähnt worden, aber die Resolutionen sind so gefaßt, daß jeder Leser, welcher sich nicht sofort an den wirtlichen Thatbestand erinnert, in den Glauben versetzt wird, man habe es da mit Leistungen zu thun, deren Autorschaft den Konservationen gebühre.

Es ist richtig: die liberale Minderheit des Großen Rathes wäre für sich allein nicht im Stande gewesen, die Zwangsarbeitsanstalt oder die landwirthschaftliche Schule in Sursee — was Rathshausen betrifft, haben wir das bezügliche Verdienst des Hrn. Reg.-Rath Schöpfer voll anerkannt — in's Leben zu rufen, denn sie zählt ja bloß ein Drittel des Großen Rathes. Das Entscheidende liegt aber, wenn das Verdienst um diese Schöpfungen abgemessen werden soll, nicht in der Abstimmung im Großen Rathe — die Mühe, sich einen Augenblick vom Siege zu erheben, ist doch wahrlich keine große — sondern in der Arbeit, welche die Bedingung und Grundlage des Ganzen bildet. Und diese mühevolle Vorarbeit ist in beiden Fällen von Liberalen geleistet worden, die Präsenzreferent des „Waterland“ kann die betreffenden Aktenstücke nicht aus der Welt schaffen.

Es ist auffällig genug, daß die „Erzengel“-Versammlung keine Schöpfung zu verdanken hatte, welche aus dem Ressort eines von einem konservativen Regierungsmittglied geleiteten Departements herorgegangen ist. Auch das „Waterland“ bleibt trotz unserer bezüglichen Aufforderung Rumm und still. Es thut vielmehr gut daran.

Die liberale Partei hat das „Blagieren“ nicht nöthig